

Mehr Transparenz beim Lobbying

Gastkommentar

von Eric Martin

Der Ständerat blieb kürzlich standfest und hielt entgegen dem Antrag seiner vorberatenden Kommission an der parlamentarischen Initiative von Ständerat Berberat für ein transparenteres Lobbying im Parlament fest. Die Initiative will lediglich den Zutritt zum Bundeshaus transparenter regeln und ist bloss ein Tropfen auf den heissen Stein. Trotzdem ist das Anliegen wichtig.

Die Beeinflussung von Parlamentariern durch Lobbyisten gehört zwar zur Demokratie. Die Bürger möchten aber gerne wissen, wer sich – oft auf zweifelhaftem Weg – Vorteile sichern möchte. Es ist deshalb an der Zeit, das Lobbying von dessen Grauschleier zu befreien. Die Geheimnistuerei lässt sich nicht mehr rechtfertigen. Die heutige Regelung für den Zugang zur Wandelhalle bietet weder Transparenz noch Chancengleichheit. Eine von Transparency International im vergangenen November durchgeführte, repräsentative Umfrage in 42 Ländern über die Wahrnehmung der Korruption durch die Bevölkerung hat im Fall der Schweiz ergeben, dass zwei Drittel der befragten Personen der Meinung sind, vermögende Kreise hätten einen zu grossen Einfluss auf die Regierungstätigkeit. Sie befürworten deshalb strengere Regeln für das Lobbying. Eine Regelung der Lobbying-Aktivitäten, wie sie in anderen Ländern längst besteht, ist unerlässlich. Eine Selbstregulierung durch den Verband der Lobbyisten genügt nicht, weil (zu) viele PR-Agenturen keine Lust auf Transparenz verspüren. Lobbyisten sollen gesetzlich gezwungen werden, ihre Mandate und damit verbundene Geldflüsse offenzulegen.

Notwendig ist erstens ein transparentes Akkreditierungssystem mit einem öffentlich einsehbaren Register, wie es übrigens für Journalisten längst besteht. Es muss ersichtlich sein, wer die Auftraggeber der Lobbyisten sind. Durch die Pflicht der Eintragung in ein öffentliches Register soll für die Bürger transparent werden, welche Interessenvertreter Zutritt zum Parlament haben und für welche Themen sie lobbyieren. Das Register muss im Internet einsehbar sein und periodisch aktualisiert werden. Es muss alle Interessenvertreter erfassen, unabhängig davon, ob sie für Verbände, Agenturen oder NGO arbeiten. Wer keine oder unvollständige Angaben liefert, muss bestraft werden.

Zweitens braucht es mehr Transparenz im Gesetzgebungsprozess. Dies soll durch die Schaffung eines legislativen Fussabdrucks bewerkstelligt werden. Die Bürger sollen wissen, wie der Meinungsbildungsprozess hinter den Kulissen abläuft. Gefragt ist auch Transparenz bei der Finanzierung der Lobbying-Aktivitäten, so dass die Bürger nachvollziehen können, welche finanziellen Mittel eingesetzt wurden, um einem Anliegen im Parlament zum Durchbruch zu

verhelfen. Lobbying bedeutet nicht nur politische Einflussnahme, Lobbying ist auch ein Einfallstor für Korruption.

Drittens braucht es eine gesetzlich verankerte Karenzzeit für Politiker und Kaderangestellte der öffentlichen Verwaltung, um zu verhindern, dass sie unmittelbar nach Beendigung ihrer Tätigkeit Lobbying-Aktivitäten für PR-Agenturen, Verbände oder Interessengruppen betreiben.

Eine Einschränkung des überbordenden Lobbyismus kann sich nur positiv auf die Ratsarbeit auswirken. Weil die grössten Lobbyisten selber im Parlament sitzen, ist es wichtig, die Interessenbindungen der Parlamentarier stärker zu beachten. Parlamentarier, die vergessen, ihre Interessenbindungen anzugeben, oder unvollständige Angaben machen, gehören bestraft.

Fehlende Transparenz beim Lobbying führt zu einem Verlust von Vertrauen in unsere Institutionen. Wenn einflussreiche Kreise die Gesetzgebung ohne die gebotene Transparenz gewissermassen durch die Hintertür beeinflussen können, schädigt dies unsere Demokratie. Die Lehren aus der Kasachstan-Affäre sollten ausreichen, um das Parlament zu veranlassen, mit einer zeitgemässen Regulierung endlich Licht in die Dunkelkammer des Lobbyings zu bringen.

Eric Martin ist Präsident von Transparency International Schweiz.

© NZZ